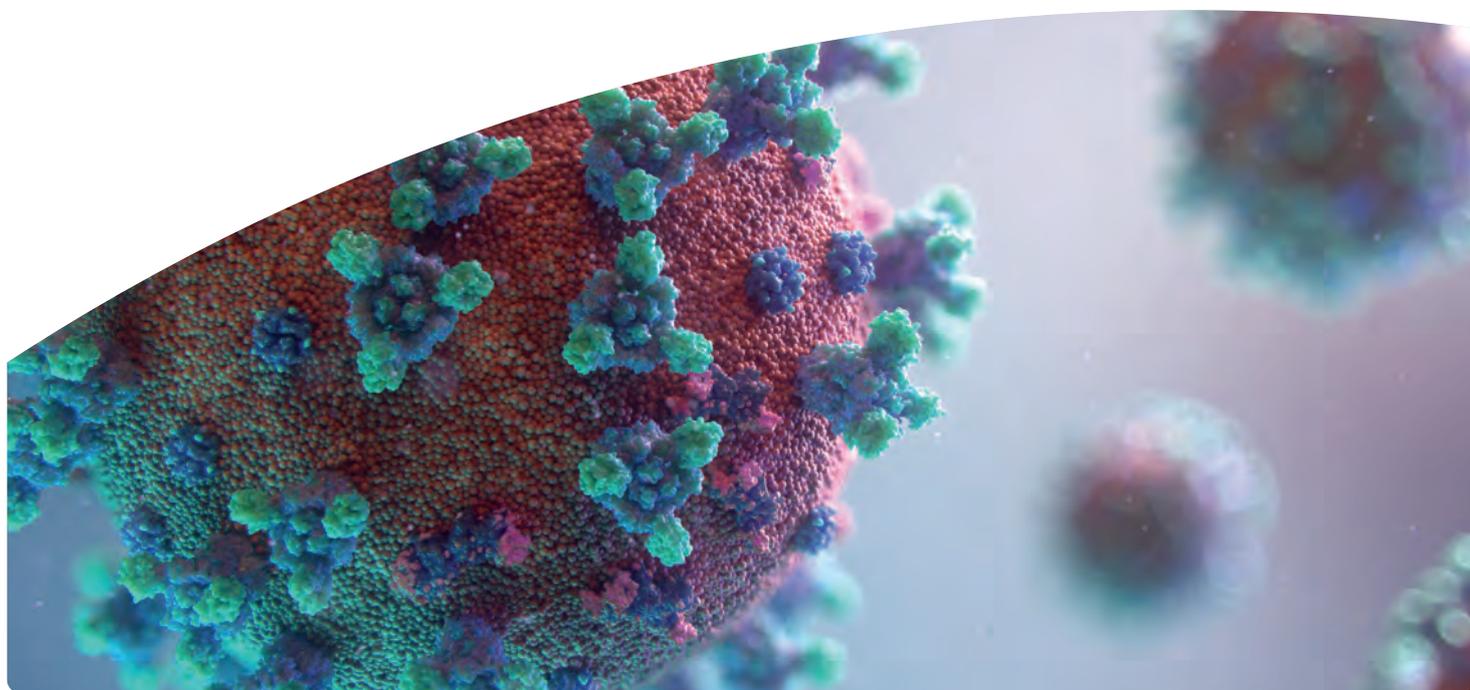


Die Corona-Krise bewältigen

mit Solidarität, Resilienz und
Nachhaltigkeit



Verantwortung, das Bestmögliche aus der schweren Krise zu machen

Liebe Mitglieder und Unterstützer_innen,

Seit fast 30 Jahren bewegt sich Germanwatch im Spannungsfeld zwischen den besonders Verletzlichen im Globalen Süden und den Entscheidungsträger_innen aus Politik und Wirtschaft. Die Dynamik, die im Laufe der Zeit aus den Kontakten in beide Richtungen entstanden ist, schenkt uns Energie, um weiterzumachen und nicht nachzulassen – und das ist gerade jetzt wichtig: Die weltweite Corona-Krise und das heraufziehende Gewitter ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen werfen grelles Licht auf die Notwendigkeit der drei zentralen Zielsetzungen von Germanwatch: Umsetzung der Menschenrechte, Schutz der ökologischen Grenzen des Planeten und Ausbau globaler sowie innergesellschaftlicher Gerechtigkeit. Damit stehen wir in den nächsten 36 Monaten vor fundamentalen Wegscheidungen:

- Werden die Vereinten Nationen und andere multilaterale Organisationen durch koordinierte Krisenbekämpfung runderneuert aus dieser Krise hervorgehen oder setzt sich das Recht des Stärkeren im Sinne von „Amerika, Brasilien oder China zuerst“ durch?
- Werden Demokratien gestärkt oder werden autoritäre Regime die Gewinner sein?
- Wird der Wert der Menschenrechte als Grundlage für gesellschaftliche Krisenfestigkeit in neuem Licht erscheinen und durch Staaten und Unternehmen – etwa im Rahmen fairer Lieferketten – gestärkt oder für unnötig befunden?
- Wird die Kluft zwischen Arm und Reich – sichtbar etwa durch fehlenden Zugang zu Ärzt_innen oder Krankenhausbetten – endlich abgebaut oder wächst sie durch die starke Betroffenheit der Marginalisierten und Armen sprunghaft weiter?
- Werden die hohen Investitionen in die Bekämpfung der Corona-bedingten Wirtschaftskrise – in Deutschland, in der EU und weltweit – so eingesetzt, dass sie die anbahnende Klima- und Biodiversitätskrise eindämmen oder eher noch anheizen?

Das Team von Germanwatch betrachtet es als seine Verantwortung, das Bestmögliche aus dieser fundamentalen Krise zu machen. In unserer Arbeit setzen wir uns für mehr Solidarität, Resilienz und Nachhaltigkeit ein:

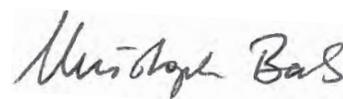
Mit viel Schwung und Expertise hat Germanwatch in der EU und in Deutschland Akzente gesetzt, um die Konjunkturpakete auch an den Zielen der Treibhausgasneutralität und der Kreislaufwirtschaft zu orientieren - neben den Zielen der Soforthilfe und Sicherung von Arbeitsplätzen. Einige wichtige Zwischenerfolge wurden erreicht. Wir unterstützen intensiv die Ansätze des deutschen Entwicklungs- und Umweltministeriums für eine indisch-deutsche Partnerschaft zu Green Recovery und Klimaschutz.

Durch ein Lieferkettengesetz und dazu passende Sorgfaltspflichten – auch für den Finanzmarkt – wollen wir die Umsetzung von Menschenrechten sowie Klima- und Umweltzielen fördern. Corona hat gezeigt, wie viele Menschen in Krisen bei prekären Arbeitsverhältnissen ins Bodenlose fallen. Immerhin: das Thema eines europäischen Lieferkettengesetzes scheint im Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft verankert zu werden.

Unsere Mitarbeiter_innen haben erfolgreich aufgezeigt, wie wichtig es ist, dass durch die industrielle Tierhaltung nicht weiter so viele Resistenzen gegen lebenswichtige Antibiotika entstehen. Letztere fehlen uns sonst, um potentiellen bakterienbasierten Pandemien vorbeugen zu können.

Im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung aktivieren wir dazu, in all diesen Feldern den ökologischen und sozialen Fußabdruck zu verringern, aber gerade auch den Handabdruck des gesellschaftlichen Engagements zu vergrößern.

Lassen Sie sich von den Berichten unserer Teams selbst inspirieren.

Christoph Bals

Politischer Geschäftsführer

bals@germanwatch.org

INHALT

- | | |
|--|---|
| <p>2 Editorial</p> <p>3 Die Bewältigung der Corona-Krise für einen Aufbruch zu mehr Solidarität, Resilienz und Nachhaltigkeit in Deutschland und Europa nutzen</p> <p>5 Corona- und Klimakrise im Globalen Süden</p> <p>7 Dramatische Zustände am Anfang globaler Lieferketten zeigen: Wir brauchen jetzt erst recht ein Lieferkettengesetz!</p> | <p>8 Solidarität gegen Hunger</p> <p>9 Resilienz und Empowerment in den Bildungsbereich</p> <p>10 Kurznachrichten</p> <p>12 Termine, Publikationen und Veröffentlichungen</p> |
|--|---|

■ Deutsche und Europäische Klimapolitik

Die Bewältigung der Corona-Krise für einen Aufbruch zu mehr Solidarität, Resilienz und Nachhaltigkeit in Deutschland und Europa nutzen

Die Antworten der EU und Deutschlands auf die Corona-Krise, insbesondere in Form von Konjunkturlösungen und staatlichen Investitionen, können bei geeigneter Rahmensezung die dringend notwendige ökologische Transformation beschleunigen. Nachdem die EU-Kommission und die Bundesregierung in den letzten Wochen eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt haben, gilt es nun, diese insbesondere im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft umzusetzen, zu konkretisieren und auszubauen.

Wie in weiten Teilen der Welt hat die Corona-Krise in Europa und Deutschland viel an gesellschaftlicher Dynamik, auch in der Wirtschaft, zum Erliegen gebracht oder virtuell umgestaltet. Dabei wurde uns mit voller Wucht unsere Verletzlichkeit angesichts globaler Krisen vor Augen geführt. In der nun anstehenden Phase der Krisenbewältigung, dem zumindest teilweisen Hochfahren des gesellschaftlichen Lebens und der Wiederbelebung der Wirtschaft, müssen wir die Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit ziehen und die richtigen Weichen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte stellen. Dabei müssen die politischen Antworten Deutschlands und der EU zu resilienteren, nachhaltigeren und solidarischeren Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen führen.

Für den bereits in Gang gesetzten Neustart werden aktuell in der EU und ihren Mitgliedsstaaten enorme Hilfspakete geschnürt. Die Auswirkungen dieser Pakete sind für die Zukunft, in der wir leben werden, von zentraler Bedeutung: Werden die Pakete zielgerichtet für Investitionen in nachhaltige Technologien genutzt, kann damit die notwendige ökologische Transformation beschleunigt werden. Werden damit hingegen fossile Strukturen zementiert, drohen eine Verfehlung der Klimaziele oder massive Fehlinvestitionen und ein immenser Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Daher gilt es, diese Investitionen zur gemeinsamen Bewältigung von Corona- und Klimakrise zu nutzen.

Vorschläge der EU-Kommission: Zeichen der Solidarität und Kompass für die Mitgliedsstaaten

Um einen nachhaltigen Wiederaufbau in Europa zu ge-

währleisten, hat die Europäische Kommission am 27. Mai Vorschläge für ein europäisches Konjunkturprogramm und einen vergrößerten EU-Haushalt vorgelegt. Rahmenwerk des Vorschlags ist der im Dezember 2019 vorgestellte Europäische Green Deal. Mit seinen sozialen und ökologischen Zielen stellt dieser den idealen Ausgangspunkt dar, um die Konsum- und Investitionspakete zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Krise mit den Zielen der Treibhausgasneutralität, der Artenvielfalt und der Kreislaufwirtschaft bis

zum Jahr 2050 zu verzahnen. Die EU-Kommission ist dabei mit mehreren Vorschlägen wegweisend, die den Mitgliedsstaaten als Nachhaltigkeitskompass dienen sollten. Insbesondere die sogenannte EU-Taxonomie, ein Klassifikationssystem für nachhaltige Finanzen, verspricht als Prüfrahmen für die Vergabe von Hilfsmitteln das Risiko der Förderung klimaschädlicher Wirtschaftsaktivitäten oder massiver Fehlinvestitionen deutlich zu verringern.

Erfreulich ist auch, dass der Vorschlag „Next Generation EU“ die innereuropäische Solidarität berücksichtigt. So möchte die Kommission, dass 500 Milliarden von insgesamt 750 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuwendungen an die Mitgliedsstaaten fließen. Mit diesem

Vorstoß baut die Kommission insbesondere auf der gemeinsamen Initiative zur wirtschaftlichen Erholung Europas nach der Corona-Krise des französischen Präsidenten Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Merkel vom 18. Mai auf. Dabei handelt es sich um ein wichtiges Zeichen insbesondere an die von der Corona-Krise besonders gebeutelten EU-Staaten Südeuropas. Aufgrund mangelnder Solidarität war in diesen Staaten jüngst ein massiv wachsender Unmut zu verzeichnen. Von den Vorschlägen der



Für die Bewältigung der Corona-Krise müssen die EU-Mitgliedsstaaten an einem Strang ziehen.

EU-Kommission werden aber auch die zentral- und osteuropäischen Mitgliedstaaten profitieren – vor allem durch die Vergrößerung des EU-Haushalts und des „Just Transition Fund“.

Deutsches Konjunkturprogramm: Wichtiges Zeichen mit Verbesserungsbedarf

In Deutschland hat die Große Koalition am 3. Juni ihre Einigung über ein nationales Konjunkturpaket präsentiert. Dieses beinhaltet ein Zukunftspaket, mit dem der Klimaschutz, die Digitalisierung und das Gesundheitswesen gestärkt werden sollen. Rund die Hälfte der dort veranschlagten zusätzlichen Investitionshilfen von über 50 Milliarden Euro geht in den Klimaschutz. Eine Kaufprämie für Autos mit reinem Verbrennungsmotor sind trotz Drucks der Auto-lobby verhindert worden. Die Bundesregierung reagiert somit nicht nur mit kurzfristigen wirtschaftlichen Impulsen auf die Krise, sondern behält auch den ökologischen Umbau im Blick. Das ist ein wichtiges Zeichen in Deutschland, aber auch weit über seine Grenzen hinaus.



Negativ zu bewerten ist hingegen, wie die enthaltenen kurzfristigen Konsumanreize, und damit leider der Großteil der verbleibenden 80 Milliarden Euro, ausgestaltet sind. Diese sollen ohne Anreize für Zukunftsfähigkeit mit der Gießkanne verteilt werden. So macht beispielsweise die Absenkung der Mehrwertsteuer auch Benzin, Diesel und Heizöl sowie Autos mit Verbrennungsmotor billiger und stellt damit ein grundsätzliches Klimarisiko dar. Bei den geplanten Kaufprämien für Hybridautos kommt es auf deren Ausgestaltung an. In der Vergangenheit wurden diese Modelle häufig fast gar nicht elektrisch gefahren. Um den Ausbau der Elektromobilität zu gewährleisten, sollte die Hälfte der Förderung an den Nachweis einer substanziellen elektrischen Nutzung geknüpft werden. Aktuell beinhaltet die Einigung der Koalitionspartner diesbezüglich nur einen Prüfauftrag.

Ausblick: Notwendigkeit für klare, klimafreundliche Vergaberegeln und eine Vorreiterrolle Deutschlands im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft

Mit Blick nach vorne ist es nun wichtig, dass die Bundesregierung in einem nächsten Schritt Vergabekriterien für Investitionshilfen auf Basis der EU-Taxonomie für alle Wirtschaftshilfen und auch mögliche künftige Konjunkturpakete vorlegt. Dies ist zum Beispiel wichtig, damit die beschleunigte Digitalisierung nicht zu mehr Emissionen führt

und das Ziel der Kreislaufwirtschaft torpediert. Anders als Deutschland hat die EU-Kommission in ihren Vorschlägen für den Wiederaufbau einen solchen Prüfraum für die Verwendung der Konjunkturlösungen vorgestellt. Dieser kann bei guter Umsetzung ein richtungweisendes Vorbild für die EU-Mitgliedsstaaten sein. Wenn eine solche Prüfung langfristig die Transformation befördern soll, muss sie in ein konsistentes System aus CO₂-Preis, klimaorientierter Technologie- und Innovationsförderung und Klimapolitiken eingebettet sein.

Für die ineinander verzahnte Bekämpfung der Corona- und Klimakrise kommt Deutschland auch auf EU-Ebene eine besondere Verantwortung zu. Denn das Land übernimmt am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft. Zentral dabei ist, dass die Bundesregierung eine Vorreiterrolle für eine klimafreundliche Wiederbelebung übernimmt, eine gute Umsetzung für die wegweisenden Vorschläge der EU-Kommission organisiert und dafür sorgt, dass Europa solidarischer, resilienter und nachhaltiger aus der aktuellen Krise hervorgeht – und entsprechende Akzente auch international setzt. Zudem muss die deutsche Ratspräsidentschaft dafür Rechnung tragen, dass der Europäische Green Deal und seine Meilensteine wie das EU-Klimaschutzgesetz und die 2030-Klimazielerhebung möglichst ambitioniert und reibungslos umgesetzt werden. Gelingt der Bundesregierung dies, kann der Europäische Green Deal zu einem neuen Identifikationsprojekt für die Menschen, Unternehmen, Regionen und Mitgliedsstaaten Europas werden und ein Kernelement für einen neuen Gesellschaftsvertrag sein.



Mit der Ratspräsidentschaft kommt Deutschland ab dem 1. Juli eine Vorreiterrolle in der EU zu.



Linus Herzig

Referent für CO₂-Preise

herzig@germanwatch.org

■ Internationale Klimapolitik

Corona- und Klimakrise im Globalen Süden – Was die internationale Gemeinschaft jetzt zum Schutz und zur Unterstützung der besonders Verwundbaren tun kann

Gerade für arme und verwundbare Menschen im Globalen Süden kann die Kombination aus Corona- und Klimakrise schnell zur existenziellen Bedrohung werden. Die internationale Gemeinschaft muss jetzt solidarisch bei der Krisenbewältigung helfen und die Resilienz armer Staaten und ihrer verwundbarsten Bewohner*innen gegenüber Klima- und Gesundheitsrisiken stärken. Dabei trägt der wohlhabende Norden eine besondere Verantwortung. Eine konkrete Möglichkeit für Deutschland, seiner internationalen Verantwortung gerecht zu werden und Solidarität zu zeigen, sind strategische Partnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern.

Die Corona-Krise und die Maßnahmen ihrer Eindämmung beherrschen die öffentliche Diskussion. Die ganze Welt ist betroffen und doch unterscheidet sich das Ausmaß – gerade dort, wo die Auswirkungen von COVID-19 und die Folgen des Klimawandels zusammenwirken. Auch wenn der fortschreitende Klimawandel alle trifft und das Coronavirus grundsätzlich jede*n infizieren kann, sind Menschen in Armut weltweit am verletzlichsten – insbesondere im Globalen Süden können Gesundheits- und Klimarisiken schnell zur existenziellen Bedrohung werden. Mangelnde Versorgung mit Nahrung und sauberem Wasser, fehlender Zugang zu Gesundheitsversorgung und fehlende Rücklagen für den Notfall verschärfen ihre Situation. Es fehlt an Möglichkeiten, sich angemessen vorzubereiten und vor den Folgen zu schützen.

Lokal: Solidarität auf Vanuatu während Klima- und Corona-Krise

Wie die eine Krise die andere verstärkt, zeigt sich deutlich am kleinen Inselstaat Vanuatu. Inmitten der Anstrengungen, das Risiko eines Corona-Ausbruchs mit mangelnden Kapazitäten im Gesundheitssystem zu minimieren, traf am 6. April Zyklon Harold auf die Inselgruppe.

Als einer der stärksten Wirbelstürme der vergangenen Jahre, zerstörte und beschädigte Harold Häuser und Infrastruktur und ließ allein auf Espiritu Santos, der größten Insel Vanuatus, mehr als 500 Familien ohne angemessene Unterkunft zurück. In Vanuatu gibt es bisher keine bestätigten Fälle von COVID-19. Die Behörden setzen weiterhin strenge Vorsichtsmaßnahmen durch, damit dies so bleibt. Doch die strengen Reise- und Dekontaminierungsvorschriften tragen zur Verzögerung der Katastrophenhilfe bei: Ausländische Helfer*innen dürfen nicht ins Land, Hilfsgüter müssen vor der Verteilung dekontaminiert werden.

Um mit dieser Herausforderung umzugehen, haben sich die Menschen in Vanuatu selbst organisiert und leben Solidarität vor Ort. Weber*innen des Santo Sunset Environment Network und der Edenhope Foundation bringen den Menschen das Weben von Kokosnusswedeln bei – ein Rohstoff der trotz der Katastrophe verfügbar ist. So werden Dächer und ganze Hütten aus dem natürlichen Rohstoff gefertigt und dienen als Unterkünfte und Treffpunkte für die Gemeinden.

Doch um die enormen Herausforderungen der Corona- und Klimakrise bewältigen zu können, braucht es Solidarität auch auf höherer Ebene. Die internationale Gemeinschaft muss jetzt solidarisch handeln und die Resilienz armer Staaten und ihrer verwundbarsten Bewohner*innen stärken. Dabei tragen die reichen Staaten des Globalen Nordens eine besondere Verantwortung: Als Hauptverursachende haben sie die – auch völkerrechtlich festgehaltene – Verpflichtung, bei der Eindämmung des Klimawandels und bei der Unterstützung im Umgang mit dessen Folgen voranzugehen.



Nach Pam im Jahr 2015 traf im April 2020 mit Harold bereits zum zweiten Mal ein Zyklon mit knapp 280 km/h auf Vanuatu und hinterließ unzählige zerstörte Häuser.

Global: Die Rolle der EU zur Förderung globaler Solidarität, Resilienz und Nachhaltigkeit

Diese globale Solidarität muss organisiert werden. Doch das ist im aktuellen geopolitischen Kontext alles andere als einfach. Zum einen fällt die US-Regierung unter Donald Trump als Unterstützerin von multilateralen und wissenschaftsbasierten Lösungen sowohl in der Corona-Pandemie wie auch in der Klimakrise vollständig aus. Zum anderen spitzt sich der Konflikt zwischen den USA und China um die Dominanz auf dem Planeten immer mehr zu und droht andere Themen an den Rand zu drängen. Stärker als gewohnt muss daher die EU – und damit auch Deutschland mit der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 – eine Führungsrolle übernehmen, um multilaterale Institutionen zu stärken und globale Solidarität, Resilienz und Nachhaltigkeit zu fördern.

Es braucht jetzt eine massive Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere für die Unterstützung beim Umgang mit den Folgen der Corona-Pandemie und der Klimakrise. Diese Hilfen müssen so angelegt werden, dass sie die gesamtgesellschaftliche Resilienz stärken und zum Erreichen der Pariser Klimaziele beitragen. Viele der verletzlichsten Staaten sind bereits heute hochverschuldet. Das Zusammenwirken von Corona- und Klimakrise kann in den Staatsbankrott führen. Eine Stundung oder Schuldenerlass können sofort Ressourcen freisetzen, die in die Beantwortung der Krisen und den Aufbau von Resilienz fließen können. Deutschland und die EU sollten sich im Rahmen der G20, bei den multilateralen Entwicklungsbanken und dem IWF dafür einsetzen.

Multilateral: Ein Mechanismus gegen Gesundheits- und Klimarisiken und die Rolle Chinas

Der geplante Gipfel der Regierungschefs der EU-Länder und Chinas im September in Leipzig wurde aufgrund der Corona-Pandemie auf unbestimmte Zeit verschoben. Dennoch dürfte die Diskussion mit China in den kommenden Monaten eine wichtige Rolle spielen. Die EU sollte China als strategischen Rivalen ernstnehmen und Menschenrechtsverletzungen klar kritisieren. Gleichzeitig sollte die EU aber zur Bewältigung von Krisen, die sich ohne China nicht lösen lassen, die Zusammenarbeit suchen. Das gilt für die Bekämpfung der Klimakrise genauso wie für Entschuldung (China ist mittlerweile einer der größten Gläubiger von Entwicklungsländern). China investiert derzeit Milliarden in Zentralasien und Osteuropa, auf dem Balkan und in Afrika. Auch diese Investitionen sollten sich an Resilienz und Nachhaltigkeit orientieren. Hier könnten mit der EU abgestimmte Prinzipien und Kriterien helfen.

In den internationalen Klimaverhandlungen müssen Lösungen gefunden werden, wie die ärmsten Bevölkerungsgruppen bei der Bewältigung von klimabedingten Schäden und Verlusten finanziell unterstützt werden. Eventuell öffnet sich nach der Corona-Krise ein Möglichkeitsfenster, sowohl einen Mechanismus gegen Gesundheits-, als auch einen gegen Klimarisiken zu etablieren. Der nächste UN-Klimagipfel (COP26) in Glasgow wurde auf 2021 verschoben – dann sollte sich die EU mit konstruktiven Vorschlägen für einen solchen Mechanismus einbringen.

Kooperativ: Krisenbewältigung durch strategische Partnerschaften

Eine weitere konkrete Möglichkeit für Deutschland, seiner internationalen Verantwortung gerecht zu werden und Solidarität zu zeigen, sind strategische Partnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern für die Bewältigung der Corona- und Klimakrise. Indien ist hierfür ein gutes Beispiel: Der indische Subkontinent ist einerseits von Klimafolgen und der aktuellen Corona-Pandemie stark betroffen. Andererseits ist das Land ein großer Emittent von Treibhausgasen. Resilienzaufbau für arme oder marginalisierte Bevölkerungsgruppen und eine systemische Energiewende zur Nutzung des enormen Potentials an Erneuerbaren Energien durch Windparks, (auch dezentralen) Solaranlagen, Netzausbau und Speichermöglichkeiten sollte daher

im Zentrum einer Partnerschaft zwischen Deutschland und Indien stehen. Indien hat die Voraussetzungen für einen Prototyp: Staat, Entwicklungsbank und Investoren entwickeln gemeinsam einen Mechanismus, damit für die notwendigen Erneuerbaren Energien und Klimaschutztechnologien nur ein sehr niedriger Zinssatz zu zahlen ist. So hatte es Kanzlerin Merkel beim letzten Petersberger Dialog vorgeschlagen.



Mit großen Projekten, wie diesem solarthermischen Kraftwerk in Rajasthan, will Indien vermehrt auf Erneuerbare Energien setzen.

Aber auch Green Mobility in Indiens Städten und die Förderung der Kreislaufwirtschaft sind erfolgversprechende Themen für die indisch-deutsche Zusammenarbeit. Aufgrund der Corona-Krise rückt aber auch soziale Ungleichheit stärker ins Bewusstsein. Wanderarbeiter*innen, die weit weg von zu Hause über kein soziales Sicherheitsnetz verfügen, verloren durch die Ausgangssperre über Nacht ihre Existenzgrundlage. Ihre Notlage verdeutlicht, dass nicht nur der Gesundheitssektor Reformen nötig hat. Das Corona-Hilfspaket der indischen Regierung sollte auch diese Handlungsfelder angehen. Auch in einer strategischen Partnerschaft zwischen Indien und Deutschland zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der globalen Nachhaltigkeitsziele müssen die Handlungsfelder unbedingt unterstützt werden. Dabei ist nicht zu vergessen, dass es für eine Partnerschaft unumgänglich ist, dass beide Seiten ihre Hausaufgaben machen. Auch Deutschland muss sich im Klimaschutz zu Hause und in der EU mehr engagieren!



Vera Künzel

Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte
kuenzel@germanwatch.org



Laura Schäfer

Referentin für Klima-Risikomanagement
schaefer@germanwatch.org



Rixa Schwarz

Teamleiterin Internationale Klimapolitik
schwarz@germanwatch.org



Lutz Weischer

Politische Leitung Berlin
weischer@germanwatch.org



■ Unternehmensverantwortung

Dramatische Zustände am Anfang globaler Lieferketten zeigen: Wir brauchen jetzt erst recht ein Lieferkettengesetz!

Die Dimension unserer weltweiten wirtschaftlichen Vernetzung haben wir wohl kaum so deutlich gespürt wie in den letzten Monaten. Hierzulande stand vor allem die Versorgungssicherheit mit Atemschutzmasken oder Antibiotika im öffentlichen Fokus. Im Globalen Süden erleben derzeit viele Menschen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sehr existenziell. Globale Lieferketten sind seit Beginn der Pandemie zusammengebrochen, mit fatalen Auswirkungen für viele Arbeiter*innen und Kleinbäuer*innen. Zugleich sehen wir, wie die mangelhafte Umsetzung von Menschenrechtstandards entlang der Lieferkette die Fähigkeit in den betroffenen Ländern untergräbt, wirkungsvoll auf Krisen zu reagieren.

Schon Ende März zeichneten sich die dramatischen Auswirkungen, zum Beispiel in der Textilbranche, ab. Sie steht symptomatisch dafür, wie die schwächsten Glieder der Lieferketten die Folgen der Pandemie ausbaden müssen: Einige Textilunternehmen stornierten ersatzlos Aufträge oder bezahlten für bereits produzierte Ware nicht. Andere europäische Modeunternehmen forderten von ihren Zulieferbetrieben Preisnachlässe von bis zu 30 Prozent. In der Folge kam es in Bangladesch und anderen asiatischen Ländern zu massenhaften Entlassungen von Arbeiter*innen oder Zwangsurlaub ohne Gehaltsfortzahlung. Die ohnehin prekäre Lage von Arbeiter*innen und ihren Familien wird durch den Wegfall von Lohnzahlungen ungleich verschlimmert. Die fehlende gesetzliche soziale Grundsicherung in vielen Produktionsländern bringt dort Millionen von Menschen in Existenznot.



Textilfabrik in Weliveriya, Sri Lanka

Doch gerade weil die soziale Absicherung vom Staat in Ländern des Globalen Südens oftmals fehlt, stehen die Unternehmen in besonderer Verantwortung. So sollten zum Beispiel Textilunternehmen ihre Zulieferer nicht alleine vor die Aufgabe stellen, das Existenzminimum von Arbeiter*innen zu sichern. Mit fairen Abnahmepreisen können Modeunternehmen u.a. aus Deutschland dafür sorgen, dass ihre Zulieferer vor Ort existenzsichernde Löhne zahlen können. Im Frühjahr 2020 konnten jedoch beispielsweise in Bangladesch über 70 Prozent der betroffenen Betriebe ihren zwangsweise beurlaubten Beschäftigten keinen Lohn fortzahlen. Von einem staatlichen Kurzarbeitergeld können die Arbeiter*innen dort nur träumen.

Ein breites Bündnis für Menschenrechte und Umweltstandards

Die Forderung nach fairen Abnahmepreisen ist nicht neu.

Auch Sie können sich für ein Lieferkettengesetz stark machen: Bis zum 30. Juni haben Sie noch die Chance, sich mit Ihrer Unterschrift für ein Lieferkettengesetz einzusetzen!



Unterzeichnen Sie unsere Petition unter www.lieferkettengesetz.de

Faire Einkaufspraktiken sollten Teil verantwortlichen globalen Wirtschaftens sein. Doch nicht nur in Krisenzeiten zeigt sich, dass dies freiwillig selten funktioniert. Deshalb hat Germanwatch gemeinsam mit inzwischen fast 100 weiteren Organisationen die Initiative Lieferkettengesetz gestartet. Seit September 2019 setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass Unternehmen in Deutschland verpflichtet werden, bei ihrer weltweiten Geschäftstätigkeit die Menschenrechte und Umweltstandards zu achten. Entsprechend den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätzen sollen Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen.

Bedauerlicherweise nutzen einige Wirtschaftsverbände und Akteur*innen, insbesondere aus dem konservativen Lager, gerade die Corona-Krise als Argument, um in Deutschland ein Lieferkettengesetz auszuhebeln. Dabei zeigt uns die globale Pandemie deutlicher als zuvor, wie wichtig es ist, weltweit solidarisch zu handeln. Ein wichtiger Baustein dafür ist, dass Unternehmen ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten wahrnehmen und damit ihre Lieferketten resilienter gestalten. Und wenn sie dies nicht freiwillig tun, müssen sie dazu verpflichtet werden – jetzt erst recht!



Cornelia Heydenreich

Teamleiterin Unternehmensverantwortung
heydenreich@germanwatch.org



Cora Zschiesche

Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben
cora.zschiesche@germanwatch.org



■ Welternährung, Landnutzung und Handel



Gary Butterfield / Pixabay

Mit der Strategie „Farm to Fork“ will die EU-Kommission den Zugang zu nachhaltiger und gesunder Ernährung fördern.

Solidarität gegen Hunger

Das Recht auf Nahrung und landwirtschaftliche Lieferketten

Das weltweite Ernährungssystem war schon vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie von starker Ungleichheit und Ungerechtigkeit geprägt: Während mehr Lebensmittel erzeugt werden als nötig, um alle Menschen gesund zu ernähren, leiden mehr als 800 Millionen Menschen Hunger. Fast zwei Milliarden Menschen sind mangelernährt, gleichzeitig gibt es aber mehr als zwei Milliarden Übergewichtige. Krankheiten, die durch zu viel Zucker und Fleisch ausgelöst werden, wie Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, nehmen weltweit zu. Hinzu kommt das Paradox, dass ein großer Teil der Menschen, die Lebensmittel erzeugen, ob als (Klein-)Bäuer_in oder Landarbeiter_in, arm und selbst mangelernährt ist. Insbesondere die Menschen im wirtschaftlich schwächeren Globalen Süden sind von den negativen Folgen des Ungleichgewichts im globalen Ernährungssystem betroffen.

Die Corona-Krise droht dieses Ungleichgewicht massiv zu verschärfen. Wegen Ausgangssperren können viele ihre Felder nicht bestellen oder haben keinen Zugang zu Dünger und anderen Betriebsmitteln. Die Ernten dieses Jahr Gefahr (kleiner) auszufallen. Vielerorts drohen Armut und Hunger.

Auch in manchen Industriestaaten beeinträchtigt Corona die Landwirtschaft: Die Ausgangsbeschränkungen unterbrechen die komplexen, auf maximale Effizienz ausgelegten Lieferketten innerhalb und zwischen Ländern. Bäuer_innen bleiben auf ihren Erzeugnissen sitzen. In Deutschland ist es noch nicht zu Versorgungsproblemen gekommen, aber bei einigen Produkten zu höheren Preisen im Supermarkt, während die Landwirt_innen zum Beispiel für Milch und Geflügel weniger bekommen. Vor allem die seit langem um ihre Existenz kämpfenden Milchbäuer_innen leiden unter fehlendem Export und übervollen Lagern und dadurch weiter sinkenden Preisen.

Vor dem Hintergrund der Corona-Krise wird ein weiteres Problem der industriellen Fleischerzeugung noch deut-

licher: Auf engem Raum werden so viele hochgezüchtete Tiere gehalten, dass regelmäßig hohe Mengen Antibiotika eingesetzt werden müssen, um systembedingte bakterielle Erkrankungen zu bekämpfen. Häufig handelt es sich dabei um sogenannte Reserveantibiotika, die eigentlich nur dann in der Humanmedizin genutzt werden sollten, wenn die üblichen Antibiotika versagen. Durch den massenhaften Einsatz werden immer mehr Erreger resistent und Antibiotika verlieren ihre Wirksamkeit.

Gegen Virenerkrankungen wie COVID-19 wirken Antibiotika nicht. Oft kommt es aber zu bakteriellen Sekundärerkrankungen wie Lungenentzündung, gegen die dann wirksame Antibiotika zur Verfügung stehen müssen. Zunehmende Resistenzen steigern das Risiko für bakterielle Pandemien, die nicht behandelt werden können.

Germanwatch fordert die internationale und europäische Agrarpolitik auf, sich – auch wegen der Krise – neu auf eine ökologisch und sozial nachhaltigere Erzeugung gesunder Lebensmittel auszurichten und regionale Märkte statt internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Es müssen weniger Tiere gehalten werden und das so, dass sie möglichst nicht krank werden und nicht krank machen. Die in der EU kürzlich veröffentlichte „Farm to Fork“-Strategie zeigt dafür erste Ansatzpunkte. Diese gilt es auszubauen und in die Gestaltung der EU-Agrarpolitik einfließen zu lassen. International muss das vom Komitee für Welternährungssicherheit empfohlene Konzept der Agrarökologie die Leitlinie für die Entwicklungszusammenarbeit werden. Kurzfristig aber steht im Vordergrund, die ländlichen Regionen, die von Hunger bedroht sind, schnell und gezielt zu unterstützen.



Tobias Reichert

Teamleiter Welternährung, Landnutzung und Handel

reichert@germanwatch.org



■ Bildung für nachhaltige Entwicklung

Resilienz und Empowerment in den Bildungsbereich

Seit Beginn der Corona-Krise musste unser Bildungssystem so manche bittere Pille schlucken – mit Nebenwirkungen für die Bildungsgerechtigkeit. Wie können und müssen wir Bildung und Gesellschaft jetzt neu denken? Wie verleihen wir transformativer Bildung neue Impulse, um Resilienz in der ganzen Gesellschaft zu fördern – in Politik, Wirtschaft und Finanzsystem und insbesondere unter Lehrenden und Lernenden?

Vom Krisenmodus des Bildungssystems...

In Deutschland haben wir vom guten Bildungsstand vieler Menschen profitiert, die durch umsichtiges Handeln das Wachstum der Krise eingedämmt und solidarische Aktionsformen auf den Weg gebracht haben. Doch Corona trifft gerade den Bildungssektor hart: Schulen wurden geschlossen, nur ein geringer Teil des Unterrichts fand digital statt und freien Bildungsakteur*innen, Kulturschaffenden und Berater*innen brachen die Einnahmen weg. Das Bildungssystem verlor damit vorübergehend und teilweise seine Funktion als Ort der Entwicklung, Betreuung, des Schutzes und auch der gemeinsamen Mahlzeit. Externe, oft zivilgesellschaftliche Expert*innen hatten keinen Zugang mehr zu Schüler*innen – auch die Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition fand lange nicht statt.

Negativ betroffen sind vor allem Kinder, die aus sozial benachteiligten Verhältnissen kommen, die auf besondere pädagogische Unterstützung angewiesen sind, Deutsch nicht als Muttersprache sprechen oder deren Eltern nicht die Rolle der Ersatzlehrer*innen übernehmen können. Viele haben nicht den Raum, die Ausstattung und die Ruhe, eigenständig zu lernen und sich selbst zu entwickeln – mitunter auch, weil der Schulunterricht ihnen zuvor zu wenig Eigenverantwortung für Lernprozesse vermittelt hat. Die Beteiligung von Schüler*innen bei der Gestaltung von Schule funktioniert in der Krise noch schlechter als sonst. Die digitale Kluft verschärft in der Krise Bildungsungerechtigkeit und somit auch die soziale Kluft in der Gesellschaft. Als Reaktion auf diese Herausforderungen finden sich wichtige Bildungsmaßnahmen im Corona-Konjunkturprogramm, die es nun wirkungsvoll umzusetzen gilt.

...zum Möglichkeitsraum für transformative Bildung

Wir erleben in der Krise „disruptive Momente“: die Unterbrechung alltäglicher Gewohnheiten oder auch Brüche in den Annahmen darüber, wie unser Gesellschaftssystem funktioniert. Wir erleben den „Normalzustand“ deutlich als nicht nachhaltig. Bildung findet vermehrt außerhalb des formalisierten Rahmens statt. Das kann auch positive Effekte haben. Manche Schüler*innen finden so zu einem eigenen Rhythmus, zu eigenen Themen, zu Kreativität. Bildungsarbeit kann und muss Lehren aus der Corona-Krise ziehen und sie mit den Chancen und Anforderungen des neuen UNESCO-Programms „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) 2030“ verknüpfen.



Lernbedingungen wie hier sind nicht in jeder Familie gegeben.

Menschen, die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem Umfeld kennen und wissen, wie sie diese ergreifen können, können proaktiver, selbstwirksamer und somit resilienter auf Veränderungen und Krisen reagieren. Bildungsarbeit muss in Zukunft also Bildungsakteur*innen und Prozesse resilienter machen, indem sie Lehrende und Lernende in der Mitgestaltung ihres eigenen Aktionsraums bestärkt.

Die Corona-Krise bietet Chancen, um verantwortungsvoll auf die Klima- und Biodiversitätskrise, die Umsetzung der Menschenrechte und eine Transformation der Landwirtschaft hinarbeiten. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss daher vermitteln, dass Menschenrechte und globale Nachhaltigkeitsziele, die unsere Lebensgrundlagen (wie Biodiversität und Klima) schützen und die Kluft zwischen Arm und Reich verringern sollen, die Grundlage für eine solidarische, nachhaltige und resiliente Gesellschaft sind.

„BNE in Aktion ist Bürger*in-sein in Aktion.“ So ein Zitat aus dem Programm „BNE für 2030“, damit drängt die UNESCO auf eine Entwicklung: Lehrende und Lernende sollen zu politischem Engagement befähigt werden, um die globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen. Germanwatch wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Impulse aus dem UNESCO-Programm lokal, regional, in Deutschland, der EU und international umgesetzt werden.



Stefan Rostock

Teamleiter Bildung für nachhaltige Entwicklung
rostock@germanwatch.org

■ Energiepolitik

Für und Wider der neuen Wasserstoffstrategie

Nach langwierigen Verhandlungen hat sich die Bundesregierung am 10. Juni auf eine nationale Wasserstoffstrategie geeinigt. Germanwatch sieht die Strategie als gute Basis für Fortschritte bei Deutschlands Ausstieg aus Öl und Erdgas – allerdings mit noch unerledigten Hausaufgaben: „Gut ist, dass die Wasserstoffstrategie einem klaren Klimaschutzauftrag folgt und sich Klimaneutralität bis 2050 als Oberziel setzt“, sagt Christoph Bals. „Doch so wie sie heute beschlossen ist, ist sie fast schon wieder veraltet. Die Strategie orientiert sich noch nicht an der inzwischen auch von

Deutschland unterstützten Verbesserung des EU-Klimaziels für 2030 von minus 40 auf mindestens minus 50 bis 55 Prozent. Das schafft nicht die auch von der Bundesregierung erwünschte Investitionssicherheit. Mit der geplanten Verabschiedung der EU-Zielanpassung Ende des Jahres muss die Regierung ihre Wasserstoffstrategie schon wieder überarbeiten.“

Zur Pressemitteilung:
www.germanwatch.org/18710

■ RWE-Klimaklage

COVID-19 in Peru: Wie geht es dem Kläger in Huaraz?



Mit seiner Klage gegen den Energiekonzern RWE ist Saúl Luciano Lliuya aktiv geworden.

Der vom Oberlandesgericht Hamm zuletzt immer mehr ins Auge gefasste Ortstermin zur Beweisaufnahme in Huaraz wird sich durch die Corona-Krise sowie die damit verbundene Ausnahmesituation und Reisebeschränkungen leider

weiter verzögern. In der Region Ancash, wo Saúl Luciano Lliuya mit seiner Familie lebt, verkompliziert sich momentan die Situation. In Huaraz und Chimbote gibt es viele Infizierte, so dass die Behörden der Gemeinden, Städte und Dörfer die Kontrolle über den Zugang oder die Einreise in ihr Gebiet übernehmen. In dieser Region leben viele Menschen vom Tourismus – wie auch Saúl Luciano selbst, der als Bergführer arbeitet. Die derzeitige Situation führt u.a. dazu, dass dieses Einkommen völlig wegfällt. Saúl und seiner Familie geht es den Umständen entsprechend gut und sie sind gesund. Er dankt allen, die sich ihm und seinem Engagement verbunden fühlen.

Weitere Informationen:
www.germanwatch.org/18685

■ Erneuerbare Energien

Umweltorganisationen fordern Fortschritte bei Windenergie

Die Umweltorganisationen BUND, DUH, Germanwatch, Greenpeace, NABU, WWF und der Umweltdachverband DNR haben anlässlich der Umweltministerkonferenz am 13. Mai an Bund und Länder appelliert, den besorgniserregenden Stillstand beim Ausbau der Windenergie möglichst rasch zu beheben. Die Verbände verweisen dabei auf ihr gemeinsames Thesenpapier, in dem sie Wege zur Beschleunigung eines naturverträglichen Ausbaus der Windenergie aufzeigen. Darin fordern sie eine verbindliche Bund-Länder-Strategie, die bundesweite und länderspezifische Strommengenziele für Erneuerbare Energien inklusive der dafür auf Länderebene notwendigen Flächen definiert. Zudem setzt das Bündnis für einheitliche Maßstäbe bei der Anwendung des besonderen Artenschutzrechts im Genehmigungsverfahren ein, um mehr Rechts- und Verfahrenssicherheit herzustellen. Da aktuell Unsicherheiten bei Methoden



Der Ausbau der Windenergie an Land kam zuletzt stark zum Erliegen.

und Bewertungsmaßstäben bestehen, kommt es in den Genehmigungsverfahren regelmäßig zu Verzögerungen.

Zur Pressemitteilung:
www.germanwatch.org/18631

■ Staatshilfen

Lufthansa-Rettungspaket braucht klare Klimaschutz-Vorgaben



Der Lufthansa-Aufsichtsrat stimmte zuletzt den staatlichen Milliarden-Hilfen zu.

Trotz zahlreicher Forderungen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, Hilfsmaßnahmen der Regierung konsequent mit Klimaschutz zu verbinden, enthält das am 25. Mai bekannt gewordene Lufthansa-Rettungspaket

offenbar nur unzureichende Klima-Vorgaben für die Fluggesellschaft. Die Bundesregierung verweist in Stellungnahmen lediglich auf eine Selbstverpflichtung der Lufthansa zum sukzessiven Austausch der Flotte zu weniger CO₂- und lärmintensiven Flugzeugen. Christoph Bals sieht die Bedingungen des Pakets kritisch: „Wenn man die Zusage der Bundeskanzlerin, Corona-Hilfen konsequent am Klimaschutz auszurichten, ernst nimmt, muss das Lufthansa-Rettungspaket nachgebessert werden. Die bisher vorliegende vage Selbstverpflichtung der Airline zu Nachhaltigkeitszielen einschließlich einer Flottenerneuerung reicht definitiv nicht für den ernsthaften Klimaschutz, den wir im Luftverkehr brauchen.“

Zur Pressemitteilung:
www.germanwatch.org/18662

■ Digitale Infrastruktur

Aus der Krise lernen: Digitale Zivilgesellschaft stärken!

Die großen Technologiekonzerne wie Google oder Facebook haben von der Corona-Krise profitiert: Die Verlagerung des Lebens in die digitale Sphäre beschert ihnen größere Marktanteile, Nutzungszahlen und Datensammlungen. Um in Krisenzeiten nicht von ihnen abhängig zu sein, braucht es ein aktives digitales Ökosystem, das echte Wahlmöglichkeiten bietet.

Germanwatch fordert deshalb zusammen mit 78 Organisationen eine Stärkung der digitalen Zivilgesellschaft und den Aufbau eines gemeinwohlorientierten digitalen Ökosystems. Der Zugang zu Wissen und digitalen Werkzeugen entscheidet, wer in Zukunft mitgestalten kann und

wer abgehängt wird. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Digitalisierung kritisch begleiten, freien Zugang zu Wissen ermöglichen und Ideen für eine digitale Infrastruktur entwickeln, sind gerade in der Krise essenziell.

Für den Erhalt eines gemeinwohlorientierten digitalen Ökosystems schlagen die Organisationen konkrete Maßnahmen vor.

Zu den Forderungen:
www.digitalezivilgesellschaft.org

■ Germanwatch-Intern

Bitte vormerken: Germanwatch-Mitgliederversammlung am 29.10.20

Die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung wird aufgrund der Corona-Lage in digitaler Form stattfinden. Als Termin ist Donnerstag 29.10.20 ab ca. 16 Uhr vorgesehen. Über die genaue Uhrzeit und Dauer sowie das Programm werden wir zusammen mit der offiziellen Einladung informieren, die allen Mitgliedern spätestens 3 Wochen vor der Versammlung zugehen wird. Wir prüfen derzeit noch die technischen Rahmenbedingungen und möchten diese so gestalten, dass eine Teilnahme mit einem gängigen Laptop/ PC oder Smartphone mit Internetverbindung möglich sein wird - auch hierzu informieren wir Sie zusammen mit der Einladung.

Wir laden alle interessierten Mitglieder dazu ein, sich schon jetzt den Termin vorzumerken. Anmeldung zugehen wird.

Kontakt: Gerold Kier, kier@germanwatch.org





TERMINE

Freiburg im Breisgau, 22.06.2020

„ESD for 2030“ – Das neue Programm der UNESCO zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

mit Stefan Rostock

Mehr Infos: www.germanwatch.org/18443

Leipzig, 25.08.2020 - 29.08.2020

Kongress Zukunft für alle: gerecht, ökologisch, machbar.

mit Marie Heitfeld und Alexander Reif

Mehr Infos: www.germanwatch.org/18313

Webinar, 01.07.2020

Crashkurs Rohstoffpolitik 2020

mit Rebecca Heinz

Mehr Infos: www.germanwatch.org/18677

Willebadessen-Niesen, 28.08.2020 - 30.08.2020

Klimawandel – Was kann ich, was können wir tun?

mit Jan Burck

Mehr Infos: www.germanwatch.org/18739

Eine Übersicht mit allen aktuellen Terminen und Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website unter:

www.germanwatch.org/termine



AKTUELLE PUBLIKATIONEN

Investitionen in eine nachhaltige Recovery

Wie reagieren wir auf die Corona-Krise? Gelingt es uns, ihre katalytische Macht zu „nutzen“ und wie bringen wir das Wohlergehen der Mächtigen und gerade auch der weniger Mächtigen heute und wie das Heute und Morgen betroffener Menschen unter einen Hut? In diesem Kurzpapier diskutieren Stefanie Berendsen (Climate & Company), Christoph Bals und Ingmar Jürgens aktuelle Aspekte und Herausforderungen.

Zum Kurzpapier: www.germanwatch.org/18600

Energiewendepartnerschaften mit Westbalkan – eine Chance für die EU

Beim virtuellen EU-Westbalkan-Gipfel der Regierungschefs der EU und der Westbalkan-Staaten am 6. Mai ging es vor allem um Antworten auf die Corona-Krise und die EU-Beitrittsperspektiven für die Länder der Region. In ihrem Blogbeitrag beleuchten Lutz Weischer und Martin Voß ein Thema, das darüber nicht vergessen werden sollte: die Entwicklung des Energiesektors im westlichen Balkan. Mit Energiewende-Partnerschaften könnten beide Seiten viel gewinnen, gerade um nach der Corona-Krise Zukunftsperspektiven für die Wirtschaft zu schaffen.

Zum Blogbeitrag: www.germanwatch.org/18598

EU-Strategie vernachlässigt Klima und Tierhaltung

Die Europäische Kommission legte Ende Mai mit Corona-bedingter Verspätung ihren Vorschlag für eine ernährungspolitische EU-Strategie („Vom Hof auf den Teller“) vor. Mit ihr sollen Landwirtschaft und Ernährung nachhaltiger gestaltet werden. Tobias Reichert analysiert in diesem Blogartikel, welchen Beitrag die Strategie zum Europäischen Green Deal und den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung leisten kann.

Zum Blogbeitrag: www.germanwatch.org/18665

Dekarbonisierung des Verkehrs in Deutschland

Um vor dem Jahr 2050 klimaneutral zu werden, muss Deutschland dringend die Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor senken – der einzige Sektor mit immer noch steigenden Emissionen. In diesem Papier gibt Lena Donat einen Überblick über die staatliche Förderung des Verkehrsträgers Schiene im Vergleich zu Straße und Luftfahrt und macht konkrete Vorschläge, wie das Steuer- und Subventionssystem modernisiert werden kann, um die Schiene zum Rückgrat der zukünftigen Mobilität auszubauen.

Zum Policy Paper: www.germanwatch.org/18573

Eine Übersicht mit allen aktuellen Publikationen und Veröffentlichungen finden Sie auf unserer Website unter:

www.germanwatch.org/publikationen

Impressum

EINBLICK Nr. 2 | 2020
Stand: 16. Juni 2020

Redaktion: Gerold Kier (ViSdP),
Janina Longwitz, Marvin Müller, Hanna
Fuhrmann
Herausgeber: Germanwatch e.V.

Germanwatch – Büro Bonn
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin
Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

Bankverbindung / Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft AG
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC/Swift: BFSWDE33BER

info@germanwatch.org • www.germanwatch.org

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

